

Klare Position des DSB zum Änderungsvorschlag der Europäischen Kommission vom 18. November 2015 für die Europäische Feuerwaffenrichtlinie (91/477 EWG)



03.12.2015 – Der Deutsche Schützenbund e.V. (DSB) mit seinen knapp 1,4 Millionen Mitgliedern ist entsetzt über die menschenverachtenden Terroranschläge der letzten Wochen, die sich gegen die Menschen in Europa und ihre Werte richten. Das Mitgefühl aller Sportschützen gilt den Opfern und Angehörigen dieser abscheulichen Taten, für die es keinerlei Entschuldigung gibt.

Der DSB unterstützt daher alle Maßnahmen, die verhindern helfen, dass Terroristen und andere Kriminelle Waffen in die Hände bekommen, insbesondere auch den Aktionsplan der EU-Kommission zur Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels.

Wir sagen JA zu einer wirksamen Bekämpfung des illegalen Waffen- und Sprengstoffhandels, um die Bürger Europas zu schützen und Kriminelle und Terroristen an der Beschaffung von Waffen zu hindern.

Wir sagen JA zu effizienten Maßnahmen, die der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels, der Waffenkriminalität und des internationalen Terrorismus dienen.

Wir sagen JA zu allen durchdachten Planungen, die der Gewährleistung der inneren Sicherheit und die Sicherheit unserer Mitbürger dienlich sind.

Keine Gleichsetzung von Sportschützen und Terroristen

Die von der EU-Kommission verfolgten Änderungen der Feuerwaffenrichtlinie betreffen jedoch zu einem großen Teil nicht den kriminellen Bereich der Waffenbeschaffung sondern mit detaillierten Regelungen den bereits jetzt in allen EU-Staaten kontrollierten legalen Waffenbesitz. So wie sich der DSB bereits in der Vergangenheit dagegen verwahrt hat, mit Mördern und Gewalttätern gleichgesetzt zu werden, so verwahren wir uns aktuell mit Entschiedenheit dagegen, für Terroristen, fanatische Mörder und religiöse Fundamentalisten in Mithaftung genommen zu werden. Es besteht allgemeiner Konsens in unserer Gesellschaft, dass wegen einzelner verblendeter Verbrecher weder einzelne Glaubensrichtungen, Migranten bestimmter Länder und Regionen oder Asylsuchende mitverantwortlich gemacht werden dürfen. Um so unverständlicher ist es, dass dies nun bei der überdurchschnittlich rechtstreuen Gruppe der legalen Waffenbesitzer, insbesondere der Sportschützen gemacht wird, die von den EU-Änderungsvorschlägen in erster Linie betroffen sind.

In allen Berichten der Landes- und Bundespolizei sowie des Bundesinnenministeriums wurde klar und unmissverständlich herausgestellt, dass der private, legale Waffenbesitz keinerlei Gefahr für die Innere Sicherheit berge.

Wir sagen daher NEIN zu einem unnötigen Aktionismus, der wieder einmal nur die legalen, gesetzestreuhen Waffenbesitzer trifft.

Wir sagen auch NEIN zu Forderungen, die die Ausübung des Schießsports, dem etwa zwei Millionen Sportschützen allein in Deutschland nachgehen und der seit den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit 1896 mit vielen Disziplinen dem olympischen Programm angehört, noch weiter einschränkt.

Deutscher Schützenbund